

Niederschrift

über die gemeinsame Sitzung des Gemeinderates der Gemeinden Zellberg und Zell am Ziller, stattgefunden am Mittwoch, den 5. April 2006, im Sitzungssaal der Marktgemeinde Zell am Ziller;

Anwesend: Zell am Ziller: Bürgermeister Komm.-Rat Walter Amor, Bgm.-Stv. Ing. Andreas Binder, GR Wilhelm Breuß, Annelies Brugger, OSR Anton Kreidl, Johannes Breuß, Hans Platzer, Andreas Wildauer, Christine Egger, Karl Platzer, Erwin Haid, Walter Strasser und Martin Lechner;

Zellberg: Bürgermeister Ferdinand Fankhauser, Vbgm. Hansjörg Tipotsch, GR Markus Rahm, Andreas Fankhauser, Alois Eberharter, Hans Hauser, Regina Lederer, Andreas Eberharter, Martin Dornauer, Hans Außerladscheider, Hansjörg Eberharter;

Dipl.-Ing. Hagner vom Büro IFS Fritzer-Saurwein;

Abwesend: ---

Schriftführer: Alfons Turozzi

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.45 Uhr

Beratungsgegenstände:

- 1.) Studie „Spange Zellberg“:
 - a) Grundsätzliche Überlegungen;
 - b) Erläuterung des Projektes durch das Ingenieurbüro IFS (Fritzer-Sauerwein);
 - c) Diskussion und Beratung sowie Festlegung der weiteren Vorgangsweise;

Bürgermeister Walter Amor begrüßt vor Eingehen in die Tagesordnung die anwesenden Mandatare von Zell am Ziller sowie Zellberg, den Vertreter des Projektanten und weiters die erschienenen Zuhörer, stellt in der Folge die Beschlußfähigkeit zur gegenständlichen Gemeinderatssitzung fest und eröffnet diese.

Eingangs wurde besprochen und einvernehmlich festgelegt, daß für die heutige Sitzung in Abstimmung mit dem Bürgermeister der Gemeinde Zellberg ein gemeinsames Protokoll erstellt wird.

Nachdem die durch die Marktgemeinde Zell am Ziller in Auftrag gegebene Studie „Spange Zellberg“ als Bestandteil eines umfassenden, derzeit in Ausarbeitung stehenden Verkehrskonzeptes Gebiete der beiden Gemeinden Zell am Ziller und Zellberg berührt, wurde eine gemeinsame Gemeinderatssitzung anberaumt, um nach entsprechenden Beratungen eine kollektive Vorgangsweise hinsichtlich des oben genannten Projektes zu besprechen und allenfalls festzulegen. Allen Mandataren beider Gemeinden soll Gelegenheit für Stellungnahmen zum vorliegenden Entwurf des Büros IFS geboten werden, ebenso den anwesenden Bürgern, sofern sie Interesse daran zeigen.

Zu a)

Bürgermeister Walter Amor schildert zu Beginn die Ausgangslage: Die Zeller Landesstraße L331 dient heute als direkter Zubringer von der Ausfahrt Zell-Nord der B 169 über das Ortszentrum von Zell am Ziller nach Zellberg, weitere Anschlußstellen zum innerörtlichen Verkehrsnetz bilden die Kreuzungsknoten Zell-Mitte und Zell-Süd. Der Gemeinderat von Zell am Ziller beschäftigt sich seit Jahren mit der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Ortsgebiet und hat dazu das Büro IFS beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten. Bestandsaufnahmen, Verkehrszählungen und Studien wurden angefertigt. Sinnvollerweise wurden auch die Nachbargemeinden eingebunden, da Verkehrsströme unweigerlich auch das Gebiet dieser Gemeinden berühren. Ein wichtiger Bestandteil des innerörtlichen Verkehrskonzeptes sollte die Anlegung großzügigerer Verkehrsflächen für Fußgänger sein. An Detailprojekten wird gearbeitet.

Ein Vorschlag, die Errichtung einer zusätzlichen Verbindung der Gemeinden Zellberg und Zell von der heutigen Rohrerstraße, vorbei an der Sennerei und Anschluß mittels einer neuen Brücke an die westlich des Zillers vorhandene Landesstraße L300, welcher bereits schon vor rund 30 Jahren zur Diskussion stand, wurde neuerdings in die Überlegungen miteinbezogen. Durch die Errichtung einer derartigen Straßenachse mit dem Bau einer neuen Brücke über den Zillerfluß könnte bei sparsamster Grundinanspruchnahme die L300 Zillertalstraße mit der L331 Zeller Straße verbunden und damit den Verkehrsteilnehmern eine kürzestmögliche Fahrtstrecke, ohne das Ortszentrum von Zell zu durchqueren, geboten werden. Damit könnte eine deutlich bessere Abwicklung der nicht unbedeutenden Verkehrsströme erreicht werden

Die Bestrebungen hierzu bestehen, wie Bürgermeister Walter Amor erläutert, seit einigen Jahren, dies wurde auch in den örtlichen Raumordnungskonzepten beider Gemeinden berücksichtigt. In weiterer Folge haben Besprechungen und Zusammenkünfte mit Vertretern der Gemeinden Zellberg und Zell am Ziller stattgefunden, wobei auch der frühere Landesbaudirektor DI Rupert Amman eingebunden war. Auch dessen Nachfolger, Herr DI Herbert Biasi, wurde über das beabsichtigte Vorhaben im Rahmen eines Lokalausweises informiert. Ebenso wurde im Vorjahr der früher zuständige Landesrat Konrad Streiter über das angestrebte Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Der Bürgermeister bekräftigt, daß die angedachte Verbindung nach Zellberg ein Projekt von überörtlicher Bedeutung darstellt. In erster Linie soll die gegenständliche gemeinsame Gemeinderatssitzung dem Zweck dienen, allfällige Informationsmängel auszuräumen und einen gleichwertigen Informationsstand herzustellen.

Im Dezember des Vorjahres wurde in einer gemeinsamen Besprechung von Vertretern der Gemeinden Zellberg und Zell am Ziller, das Vorhaben dem Leiter des BBA-Innsbruck, Herrn DI Werner Huber, vorgelegt, welcher dieses als sehr sinnvoll erachtet hat. Als Ergebnis der gemeinsamen Beratung wurde zwischenzeitlich die ursprüngliche Studie überarbeitet. Diese und sollte nun nach Zustimmung der Gemeinden Zell am Ziller und Zellberg dem Amt der Tiroler Landesregierung zur Ausarbeitung eines Detailprojektes und der Aufnahme in das Landesstraßenbauprogramm vorgelegt werden.

Im Rahmen der Diskussionen wurde auch ein Vorschlag zur Verlegung des Trassenverlaufes der L300 im Bereich des nördlichen Gemeindegebietes von Zellberg zum westseitigen Zillerufer hin gemacht. Dabei könnte insbesondere die unfallträchtige Gefahrenstelle bei der Hofstelle „Hotter-Weindl“ entschärft, sowie die latent bestehende

Steinschlaggefahr entlang des Hangbereiches, die immer wieder zu riskanten Situationen und entsprechenden Straßensperren führt, beseitigt werden.

Zur Realisierung des nunmehr vorliegenden Entwurfes „Spange Zellberg“ wurden seitens der Marktgemeinde Zell am Ziller östlich des Zillers bereits Grundankäufe getätigt, sodaß sich zwischenzeitlich sämtliche für das Vorhaben erforderlichen privaten Grundflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Zell im Eigentum der Marktgemeinde Zell am Ziller befinden. Nach Realisierung des Vorhabens „Spange Zellberg“ als Landesstraßenprojekt, könnte nach Ansicht des Gemeinderates von Zell am Ziller der derzeitige Verlauf der L331 durch das Ortszentrum von Zell am Ziller auf den neu angelegten Straßenabschnitt verlegt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint das Gesamtvorhaben – wie sich DI Werner Huber anlässlich der gemeinsamen Sitzung am 12. Dezember 2005 im Gemeindeamt Zell am Ziller äußerte – sinnvoll, wäre technisch machbar und mit geringstmöglicher Grundinanspruchnahme umzusetzen.

Zu b)

Dipl.-Ing. Hagner erläutert die vorliegende „Studie 2006“, welche im Auftrag der Marktgemeinde Zell am Ziller durch das Büro „IFS Ziviltechniker GmbH“ nach Vorgesprächen mit Vertretern der Gemeinde Zellberg und Beiziehung von Amtsstellen zur heutigen Besprechung ausgearbeitet wurde. Es handelt sich dabei um die Projektstudie betreffend den Ausbau der sogenannten „Spange Zellberg“.

Die Idee eines von der Gemeinde Zell zwischenzeitlich in Auftrag gegeben integrierten Verkehrskonzeptes besteht schon seit Jahren. Auf Grund des Ergebnisses der bisherigen Untersuchungen sollen auch die angrenzenden Gebiete von Nachbargemeinden eingebunden werden, wobei für diesen Lebensraum mittels Gestaltung von Verkehrsflüssen und der Anordnung entsprechender Fußgängerflächen ein attraktives Umfeld geschaffen werden soll. Die durch das Ortsgebiet von Zell am Ziller führende Landesstraße als Hauptverkehrsfläche und als Zubringer für die Knoten „Zell-Nord“, „Zell-Mitte“ und „Zell-Süd“ wurde hinsichtlich deren Optimierung untersucht. Aus dem Gedanken der Optimierung von Verkehrsflüssen resultiert die nunmehr vorliegende Studie „Spange Zellberg“, welche bereits Mitte der 1970-er Jahre Teil eines Straßenprojektes war. In den von der Gemeinde Zellberg als auch von Zell am Ziller erstellten Örtlichen Raumordnungskonzepten, welche Grundlage einer geordneten Entwicklung der jeweiligen Gemeinde darstellen, fand der Gedanke der Situierung einer neuen zusätzlichen Verbindung Niederschlag. Längerfristig bietet sich dabei auch die Straßenverlegung in Richtung Zillerfluß und damit – wie bereits erwähnt – eine Ausschaltung des unfallträchtigen Nadelöhrs im Bereich des Anwesens „Weindl“ und der permanenten Steinschlaggefahr entlang des Hangbereiches im nördlichen Gemeindegebiet von Zellberg an.

Dipl. Ing. Hagner erläutert in der Folge allen Anwesenden die Studie "Spange Zellberg" im Detail.

Zu c)

Eingehend wird in der Folge seitens des Gemeinderates von Zell am Ziller und Zellberg diskutiert, wobei auch Fragen anwesender Bürger der Gemeinde Zellberg entsprechend beantwortet werden.

Bürgermeister Fankhauser drückt seine Überraschung aus, daß die Entwurfsunterlagen mit dem Wappen der Gemeinde Zellberg versehen sind. Er stellt fest, daß die Gemeinde Zellberg nicht Auftraggeber der Studie ist.

Dazu führt Ing. Hagner aus, daß es bei Aufträgen, welche die Gebiete mehrerer Gemeinden umfassen, Usus ist, auch das heraldische Symbol der jeweiligen Gemeinden zu verwenden und damit keine Absicht bestand, die Gemeinde Zellberg als Auftraggeber erscheinen zu lassen.

Bürgermeister Amor erklärt über Anfrage, daß sämtliche Kosten für die heute präsentierte Studie zur Gänze seitens der Marktgemeinde Zell am Ziller getragen werden, welche auch als Auftraggeber auftritt.

GR Hans Hauser, Zellberg: Infolge Situierung einer weiteren Brücke findet eine Verkehrsverlagerung statt, wobei das Gebiet von Zell am Ziller entlastet, jenes von Zellberg aber belastet wird.

DI Hager erläutert dazu, daß der Weg über des Ortszentrum lang und mit vielen neuralgischen Punkten sowie Kreuzungen versehen ist und dies alles mittels der „Spange Zellberg“ verbessert werden könnte. Dadurch könnte auch dem Grundgedanken der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs in vermehrter Form Rechnung getragen werden. Nicht zu vernachlässigen ist auch der Aspekt, daß infolge weiteren Ausbaues des Taktverkehrs seitens der Zillertalbahn erhöhte Staugefahr bzw. –häufigkeit infolge geschlossener Bahnschranken im Zentrumsbereich von Zell auftreten wird. Hinsichtlich einer Verkehrserhöhung in Richtung Zellberg stellt er fest, daß der derzeitige Spitzenwert auf Grund einer vorerst einmalig durchgeführten Verkehrszählung bei rund 200 Kraftfahrzeugen pro Stunde liegt und dieser Wert sich nur minimal erhöhen würde. Vergleichbare Punkte in anderen Gemeinden weisen bis zu viermal höhere Werte auf.

GR Martin Dornauer stellt die Frage, wer bei Realisierung des Projektes für die Erhaltung der derzeitigen Zillerbrücke aufzukommen hätte.

Dazu stellt Bürgermeister Amor fest, daß dies eine Detailfrage sei, welche allerdings noch nicht näher untersucht worden sei. Grundsätzliche in dieser Richtung mit Vertretern des Landes geführte Gespräche haben ergeben, daß für den Fall einer Exkammerierung eines Teiles der heutigen Landesstraße, welcher als innerörtliche Gemeindestraße durch die Marktgemeinde Zell übernommen werden könnte, Verhandlungen hinsichtlich einer Brückenerhaltung durch das Land Tirol geführt werden könnten.

GR Regina Lederer sieht eine Benachteiligung für die Bewohner im Ortsteil „Zellergeben“. Insbesondere werden nicht abzuschätzende Gefahren für die Kinder im Bereich der neuen Verkehrsverbindung auftreten. Auch eine zusätzlich auftretende Lärmbelastung sollte nicht unterschätzt werden. Aus diesem Grunde wird das Projekt ihrerseits abgelehnt.

DI Hagner: Voraussichtlich wird sich die Lärmbelastung in Grenzen halten. Erst ab 800 Kraftfahrzeugen pro Stunde würde eine spürbare Lärmbelästigung auftreten.

Bgm. Ferdinand Fankhauser: Der Grundgedanke bei Realisierung der vorliegenden Studie sollte eine sinnvolle Lenkung des Verkehrs sein, ohne die Bewohner eines Ortsteiles von Zellberg zu belasten.

GR Martin Dornauer: Ein Grundbesitzer, dessen Eigentum zur Verwirklichung des Vorhabens teilweise beansprucht wird, fehlt in der heutigen Gesprächsrunde.

Bürgermeister Walter Amor: Der nicht anwesende Grundbesitzer hat in Vorgesprächen signalisiert, daß unter Setzung von Maßnahmen zur Reduzierung einer möglichen Lärmbelästigung, gemeinsam Lösungen zur Realisierung desselben erarbeitet werden könnten. Eine Zustimmung für eine mögliche Grundinanspruchnahme liegt bis heute jedenfalls nicht vor.

GR Walter Strasser: Aus touristischer Sicht ist eine Verwirklichung der „Spange Zellberg“ sinnvoll und erstrebenswert. Für die gesamte Region ist der Tourismus von entsprechender Bedeutung. Eine Verlagerung von Verkehrsflüssen ist nicht nur zweckmäßig, es wird mit einer Verlegung auch mehr Erholungswert geschaffen. Mehr Attraktivität kommt nicht nur den Zeller Betrieben sondern auch jenen in Zellberg zugute.

Einige Vertreter der Gemeinde Zellberg melden sich zu Wort und betonen, daß sie bis heute keine Vorinformationen haben. Allfällige Auswirkungen des angestrebten Vorhabens sollten im Falle einer Realisierung nicht zum einseitigen Nachteil von Bürgern der Gemeinde Zellberg werden. Auf Grund des derzeitigen Wissensstandes liegen zu wenig wichtige Gründe aus deren Sicht vor.

GR Regina Lederer stellt die Frage, ob es als Alternative zur „Spange Zellberg“ auch andere Projekte gäbe.

Bürgermeister Walter Amor: Alternativen wurden untersucht, allerdings mit dem Ergebnis, daß solche nicht zielführend sind. Dabei müßten viel größere Grundflächen requiriert werden, wobei ein weitaus größerer wirtschaftlicher Einsatz zu tätigen wäre. Seitens der Zillertalbahn würde es jedoch keinesfalls eine Zustimmung für eine weitere Bahnquerung geben. Große neuerliche Flächeninanspruchnahmen und enorme bauliche Maßnahmen wären nicht vertretbar.

Martin Angebrand als Anrainer der L300 gibt zu bedenken, daß bei Erweiterung des Taktverkehrs der Zillertalbahn der Schranken in Abständen von 15 Minuten geschlossen wäre.

Bürgermeister Walter Amor berichtet über erfolgreiche Verhandlungen mit der Zillertalbahn über verkürzte Schrankenschließzeiten. Insgesamt bildet aber die häufiger geschlossene Schrankenanlage eine Erschwernis für den Verkehrsteilnehmer in Zell

Armin Zelinka als Anrainer der L300 führt aus, daß sämtliche Argumente für das Projekt nicht plausibel sind. Das Zentrum von Zell am Ziller zu beruhigen mag aus Zeller Sicht richtig sein. Verkehrsflüsse aber auf die Nachbargemeinde Zellberg umzulenken kann nicht akzeptiert werden. Er appelliert an die Verantwortlichen, nicht im Sinne des Tourismus und der Wirtschaft das bislang noch lebenswerte Umfeld von Nachbarn zu opfern. Weiters fordert er die Mandatäre der Gemeinde Zellberg auf, die Interessen der Gemeindebewohner mit Nachdruck zu vertreten.

DI Hager erklärt dazu, daß kein Transitverkehr entstehen wird, sondern lediglich örtlicher Verkehr mit geringen Auswirkungen umgelenkt würde.

Vertreter der Gemeinde Zellberg bringen auch Details im Zusammenhang mit dem Tourismusgeschehen vor, die nach Feststellung der beiden Bürgermeister Fankhauser und Amor aber nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

GR Christina Egger ersucht die Mandatäre der Gemeinden Zellberg und Zell um eine zukunftsorientierte Denkweise, da der Großraum Zell in vielen Belangen eine Einheit darstellt und erläutert Beispiele im Bereich des Tourismus, der Infrastruktur usw.

GV Anton Kreidl erläutert Überlegungen des Zeller Gemeinderates und ersucht die anwesenden Gemeindevertreter, zur Verbesserung der Verkehrsabläufe großräumig und zukunftsorientiert zu denken und zerstreut Bedenken, daß durch großzügige Einbahnregelungen im Gemeindegebiet von Zell eine stärkere Verkehrsverlagerung auf das Gemeindegebiet von Zellberg erfolgen wird. Alternativen zur "Spange Zellberg" seien untersucht worden. Unterquerungen oder Überführungen der Trasse

der Zillertalbahn mit gleichzeitiger anschließender Querung des Zillerflusses sind nicht machbar.

Vb. Ing. Andreas Binder: Er ersucht ebenfalls die Vertreter der Gemeinden nach guten Lösungen ohne Rücksicht auf Gemeindegrenzen zu suchen. Es gibt keinerlei Denkansätze, Zell zu einer Fußgängerzone zu machen, dies wäre wirtschaftlich nicht sinnvoll, da Voraussetzungen für eine derartige Zone nicht gegeben sind. Mehrere kleine Gemeinden haben mit derartigen Lösungen enorme wirtschaftliche Einbußen erlitten.

GV Hans Platzer regt an, daß seitens des Büros weitere Verkehrszählungen und Verkehrsflußanalysen zur Untermauerung des zurzeit vorliegenden Ergebnisses gemacht werden sollen. Die Umsetzung dieser Studie erscheint sinnvoll und sollte im Interesse aller angestrebt werden. Die Sorgen der Anrainer bezüglich einer vermeintlich höheren Verkehrsbelastung seien verständlich.

Bürgermeister Ferdinand Fankhauser bringt den Vorschlag ein, daß im Zusammenhang mit der Studie „Spange Zellberg“ dem Gemeinderat von Zellberg ein Verkehrskonzept von Zell am Ziller vorgelegt werden soll. Sollte die vorgeschlagene Straßenverbindung "Spange Zellberg" realisiert werden, findet Bgm. Fankhauser die Verlegung der L300 im nördlichen Bereich des Gemeindegebietes von Zellberg hin in Richtung Zillerfluß als sinnvoll und sollte angestrebt werden.

Dazu erklärt Bürgermeister Walter Amor, daß für ein derartiges Gesamtkonzept Anknüpfungspunkte zu anderen Gemeinden vorhanden sein müssen. Die "Spange Zellberg" ist nach den bisherigen Erkenntnissen ein Teil eines Gesamtkonzeptes. Sinnvoll ist auch die Einbindung der Gemeinde Rohrberg zur besseren Gestaltung der Verkehrsabläufe im Grenzbereich der beiden Gemeinden Rohrberg und Zell am Ziller. Außerdem gibt es bereits zahlreiche in Ausarbeitung stehende Einzellösungen, die innerörtliche Details betreffen und in ein Gesamtpaket integriert werden sollen. Für einen Teil der bisher vorgeschlagenen Lösungen gibt es bereits eine Zustimmung von Grundbesitzern. Da die Realisierung derartiger Einzelschritte Zeit benötigt, können nicht alle angestrebten Verbesserungen kurzfristig umgesetzt werden. Besonderes Augenmerk wird seitens der Gemeinde Zell auf die Verbreiterung bestehender Verkehrsflächen für Fußgänger gelegt. Ein Teil dieser Maßnahmen sollte bereits nach Abschluß der Kanalisierungsmaßnahmen im Zuge der Neugestaltung der Verkehrsoberflächen im Jahr 2006 umgesetzt werden.

Nach entsprechender Diskussion wird seitens aller anwesenden Mandatäre übereinstimmend die Meinung vertreten, weitere detaillierte Untersuchungen anzustellen und auch den Leiter des Baubezirksamtes Innsbruck zu einem Gespräch, an welchem wiederum der Gemeinderat von Zell am Ziller als auch von Zellberg teilnehmen soll, als Vertreter des Landes beizuziehen.

Geschlossen und gefertigt:

Marktgemeinde Zell am Ziller:

Gemeinde Zellberg: